

Öffentlich-private Partnerschaft - Risiken und Auswege

Zeichnete sich die erste Phase der Privatisierung durch den Verkauf von kommunalen und Staatsunternehmen aus, so läuft mit *Öffentlich-privater Partnerschaft/Public-Privat-Partnership* (ÖPP/PPP) seit etwa fünf Jahren auf Bundes-, Länder und kommunaler Ebene die zweite Phase. Derzeit sind in Deutschland ca. 150 Projekte in Arbeit. Dem Anschein nach wird nicht verkauft, es werden „Partnerschaften zwischen privaten Investoren und der öffentlichen Hand gegründet, die den Konzernen und Banken ein 30jähriges fast mühe-loses „Einkommen“ sichern, während die öffentliche Hand zahlt. Als Hauptargument und Einfallstor der ÖPP/PPP-Lobby wird die prekäre Finanzlage von Bund, Ländern und Kommunen benutzt.

Was ist ÖPP/PPP?

- ÖPP/PPP ist ein „strukturiertes Finanzprodukt“, erfunden von Bankern der City of London 1997/98 und vom ehemaligen britischen Premier Blair als „Alternative“ zur vorherigen Privatisierung unter der Thatcher-Regierung protegiert;
- Bei ÖPP/PPP übernimmt der Investor in der Regel neben dem Bau einer Einrichtung auch deren Finanzierung und späteren Betrieb. Die Kommune unterschreibt einen langfristigen Mietvertrag (meist über rund 30 Jahre). Kürzeste ÖPP/PPP-Laufzeit: 12 Jahre beim Toll-Collect-Projekt (LKW-Maut) der Firmen Daimler und Telecom, die dafür 25% der Maut-Einnahmen bekommen;
- Bei ÖPP/PPP gründen Investoren eigene Projektgesellschaften in GmbH-Form mit Einlage von max. 25.000 € (darüber hinaus wird nicht gehaftet)
- Die ÖPP/PPP-Verträge werden in der Regel von US-Rechtsanwaltskanzleien erarbeitet, z.T. über 1.000 Seiten, in der Regel 8-9 Grundverträge und bis zu 50 Anhänge
- ÖPP/PPP-Verträge enthalten Geheimhaltungsklausel – bei Beschluss der kommunalen Gremien über ein ÖPP/PPP-Projekt liegen diese Verträge den kommunalen VertreterInnen nicht vor
- ÖPP/PPP-Verträge enthalten oft eine „Forfaitierung mit Einredeverzicht“. D.h., der Investor verkauft unmittelbar nach ÖPP/PPP-Vertragsabschluss seine Forderungen gegenüber der Kommune an eine Bank, gegenüber der die Kommune in den nächsten Jahrzehnten zahlungspflichtig ist; die Kommune verpflichtet sich vertraglich (Einredeverzicht) die regelmäßigen Zahlungen an die Bank auch dann nicht einzustellen, wenn im Projekt Mängel (z.B. Baumängel) auftreten
- Bei ÖPP/PPP erfolgt eine „Privatisierung der Justiz“. Bei Streitfällen verpflichten sich die Vertragspartner zur Klärung vor einem Schiedsgericht (paritätisch aus Investor und Verwaltung besetzt, dazu ein „neutraler“ Schlichter, meist von der IHK). Das Schiedsgericht tagt geheim (so dass auch die ÖPP/PPP-Vertragsknebelung nicht öffentlich wird).

Wo findet ÖPP/PPP statt?

- 2008 und 2009: 54 Projekte im Hoch- und Tiefbau mit einem Investitionsvolumen von 2,601Mrd. Euro; in den letzten 8 Jahren wurden 144 Projekte abgeschlossen;
- derzeit befinden sich 100 Projekte in der Ausschreibung oder Vorbereitung; davon entfallen ca. 75% auf Kommunen, ca. 20% auf die Länder und ca. 5% auf den Bund; das zu erwartende Investitionsvolumen beträgt ca. 3 Mrd. Euro
- Bereiche: bezogen auf die seit 2001 abgeschlossenen ÖPP/PPP-Verträge wurden die meisten Projekte im Bereich Schulen/Kita/Bildung (53) abgeschlossen; gefolgt von den Bereichen Freizeit/Kultur/Sport (37), Verwaltungsgebäude (27), Justizgebäude (4), Gesundheitswesen (5) und Sonstige (6)

Warum greift die öffentliche Hand gerne auf ÖPP/PPP zurück?

- Zahlungsverpflichtungen aus ÖPP/PPP werden als nicht haushaltsrelevant dargestellt, da sie als laufende Ausgaben abgerechnet werden. Dagegen wäre eine selbstfinanzierte Errichtung einer kommunalen Einrichtung über Kredite gesondert auszuweisen. Inzwischen gibt es aber auch die kritische Sicht derer, die Zahlungsverpflichtungen aus PPP-Projekten als „kreditähnliche Rechtsgeschäfte“ auf den Kreditrahmen anrechnen.

¹ Mitglieder der AG Anti-PPP sind: P. Brangsch, S. Diedrich, D. Fette, L. Krüger (Büro Sahra Wagenknecht), U. Schönberger (Büro Ulla Lötzer), G. Schrammen, P. Wahl, F. Weck

Welche Risiken ergeben sich für die öffentliche Hand aus ÖPP/PPP?

- „Entdemokratisierung“: mit Abschluss des ÖPP/PPP-Vertrages haben Bürger/innen, Politik und Verwaltung keinen Einfluss mehr auf die Gestaltung der jeweiligen Infrastrukturobjekte
- „ÖPP/PPP ist keine Lösung, sondern ein neues Problem“. Am Ende von ÖPP/PPP ist das Ausgangsproblem – die Verschuldung der öffentlichen Hand – mindestens doppelt so hoch wie bei der konventionellen Abwicklung von Investitionen. Das „Rundumsorglospaket“ ÖPP/PPP wird teuer, da die Gewinnmaximierung des Generalunternehmens im Vordergrund steht.
- ÖPP/PPP ist auch wesentlich folgenschwerer: ÖPP/PPP-Vertrag wird nur mit Generalunternehmer geschlossen; Subunternehmer werden durch Dumpinglöhne in kriminelles Verhalten getrieben (vgl. Eisenbügelraub bei der U-Bahn Köln – Generalunternehmer: Bilfinger-Berger); Subunternehmer setzen Billiglösungen um (Fahrbahndecke der A1 war nach ½ Jahr bereits kaputt)
- ungleiche Risikoverteilung: nach Ende der vertraglich vereinbarten Laufzeit erhält die öffentliche Hand das dann voraussichtlich kostenintensiv zu renovierende Projekt zurück, denn der Lebenszyklus eines Gebäudes ist nach der üblichen Laufzeit zwischen 20 und 30 Jahren nicht zu Ende. Im Fall der Insolvenz der Betreibergesellschaft ist die öffentliche Hand für die Mängelbeseitigung verantwortlich und muss gleichzeitig abzahlen;
- Von privaten Beratern durchgeführte Wirtschaftlichkeitsvergleiche weisen Kosteneinsparungen von bis zu 25% aus; die Erfahrung mit allen bisher durchgeführten Projekten ist jedoch: "Effizienzvorteile" sind Luftschlösser und alles wird sehr viel teurer als bei einer Finanzierung durch die öffentliche Hand.
- Sehr oft werden Nachforderungen vom Investor erhoben, die übers Schiedsgericht entschieden werden. Bei Nachforderungen existiert eine Erpressungssituation für die Öffentliche Hand, da sie die von ihr beauftragten Einrichtungen nicht halb fertig stehen lassen kann.
 - 1. Bsp: ÖPP/PPP-Tunnel-Projekt in Rostock: Vertraglich vereinbart wurde, dass der Investor (Hochtief) Maut über 30 Jahre erhält; nachdem weniger PKW fahren als geplant, wurde im Rahmen des Schiedsgerichts eine „Einigung“ auf Tunnelmautgebühren zusätzlich für städtische Busse sowie Vertragslaufzeitverlängerung (längere Mauteinnahmen für den Investor) auf 50 Jahre erzielt
 - 2. Bsp.: Bau der Hamburger Elbphilharmonie: Der Investor Hochtief erreichte im Schiedsverfahren vom Hamburger Senat eine Nachforderung über 120 Mio. €.
- Bei fast jedem ÖPP/PPP-Produkt arbeitet der Investor mit einer Bank zusammen; die Bank holt sich das Geld über einen Investitionsfond. Der Fond kann die 6b-Steuerabschreibung nutzen und erreicht damit einen 30-jährigen Verzicht auf Steuereinnahmen.

Welche Auswege und Alternativen gibt es?

- Information und Aufklärung über die Risiken von ÖPP/PPP; Multiplikatorenschulungen
- Bündnispartner/innen gewinnen (ver.di, GEW, Personalräte, regionale Wirtschaft)
- Investitionen sollten über Kreditaufnahme oder die Inanspruchnahme von Förderprogrammen des Bundes und der Länder getätigt werden
- Problematisierung des Geheimhaltungsgebahrens bei ÖPP/PPP und Offenlegung der Verträge fordern (damit lässt sich in Bevölkerung gut mobilisieren)
- Klagen der gewählten VertreterInnen gegen ÖPP/PPP-Verträge auf Unwirksamkeit, weil ihnen die ÖPP/PPP-Verträge nicht vorgelegt werden
- Unterstützung der ppp-irrweg-Kampagne

Wie ist die Position der LINKEN?

Für ÖPP/PPP gilt das Prinzip „Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste“, sie sind eine bewusst verschleierte finanzielle Hypothek, die zu weiterer Verarmung der öffentlichen Haushalte führt. Gleichzeitig sind sie ein Angriff auf Demokratie und gemeinwohlorientierte öffentliche Daseinsvorsorge. Öffentlich-Private-Partnership ist keine Lösung für die Finanzprobleme der öffentlichen Hand, sondern ein zusätzliches neues Problem, was zu deutlich höheren Belastungen der öffentlichen Hand führt und zudem völlig intransparent ist. DIE LINKE lehnt die Finanzierung von öffentlichen Aufgaben durch ÖPP/PPP entschieden ab.